

Die Umschau

auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens.

Erscheint monatlich zweimal.

Preis

halbjährlich 2,50 M., Westpost-Verein 2,80 M. pränumerando einschließlich Postgebühr.

Alle Zusendungen an die Redaktion sind an die Expedition in Berlin zu richten.

Man abonniert bei allen Buchhandlungen u. Post-Anstalten, sowie bei den Expeditionen in Berlin und Hamburg.

Auskunftsblatt für Handel, Spedition, Gewerbe und Industrie in Zoll- und Steuerfragen des In- und Auslandes.

Zeitschrift für Zoll- und Steuer-Technik und Verwaltung.

Herausgegeben von einer Anzahl von Fachmännern unter Redaktion von Dr. Max Schneider in Hamburg.

Anzeigen

solten 15 Pf. die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum. Bei Wiederholungen billiger.

Expeditionen:

Berlin SW. Großbeerenstr. 41, Hamburg, Schauenburgerstr. 59. (Hoffmann & Campe).

Verlag von

Eugen Schneider, Berlin.

Nr. 13.

Berlin und Hamburg, Juli 1892.

11. Jahrgang.

Inhalt: Die Biersteuer u. die süddeutschen Reservatrechte (S. 97.) **Zoll- und Steuertechnisches:** Zölle: Mühlenläger in Sachsen (S. 98.) Tarifierung von Stab-, Wand- u. Uhren, von rothen Corallen betreff. (S. 98.) Herstellung und Merkmale der brochirten Gewebe (S. 99.) Instruction für die zolltechnische Unterscheidung des Talgs u. (S. 100.) Zollsätze für Holz und Wein in Niederlagen (S. 100.) Biersteuer: Biersteuervergütung betr. (S. 100.) Branntweinsteuer: Branntwein-Gebührenordnung (S. 100.) Staudgläser an den amtlichen Sammelgefäßen (S. 100.) Uebernahmen von Branntwein aus der Vorlage (S. 101.) **Persönliche Dienstverhältnisse der Beamten:** Pensionserhöhung in Sachsen (S. 101.) Buchbestätigung ebenda (S. 101.) **Volkswirtschaftliches — Verkehr mit dem Auslande:** Petroleumzoll, Handelsvertrag mit Spanien (S. 102.) **Entziehung der Abgaben:** Reichsgerichtsentscheidung vom 2. Februar 1892, Ableitung von Branntwein durch ein Bohrloch (S. 101.) **Verschiedenes: Personal-Nachrichten:** (S. 102.) Anzeigen.

Die Biersteuer und die süddeutschen Reservatrechte.

Das von einem Berliner freisinnigen Blatte verbreitete Gerücht, die württembergische Regierung habe eine Aenderung der Branntweinsteuer angeregt, ist so nachdrücklich dementiert worden, daß man füglich, so schreibt die Allgemeine Zeitung, auch die nach der Behauptung desselben Blattes auf die angebliche Anregung angeblich ertheilte Antwort unbeachtet lassen könnte, wenn sie nicht in der Finanzlage des Reichs eine gewisse Basis zu haben schiene. Diese Antwort soll die Beseitigung der süddeutschen Reservatrechte in betreff der Brausteuer und eine erhebliche Erhöhung der Reichsaener auf Braumalz ins Auge gefaßt haben. Wäre das richtig, so würden dadurch allerdings auf beiden Seiten des Mains ernste Erwägungen nahegelegt sein.

Von einer Erhöhung der Biersteuer im Bereiche der Brausteuerergemeinschaft, d. h. im deutschen Reichsgebiete mit Ausnahme von Bayern, Württemberg, Baden und Elsaß-Lothringen, ist neuerdings im Zusammenhange mit der vielerwähnten Militärvorlage die Rede gewesen. Auch wenn aber eine beträchtliche Mehrausgabe für das Heerwesen, wie jetzt behauptet wird, in naher Zukunft nicht gefordert werden sollte, so läßt sich doch nicht verkennen, daß andere Mehrbedürfnisse des Reichs, z. B. infolge des Anwachsens des Reichszuschusses zur Invaliditäts- und Altersversicherung, in den nächsten Jahren Deckung heischen werden, daß aber diese Deckung in der Erhöhung der Matrikularbeiträge zu suchen um so weniger angezeigt erscheint, als diese Ueberweisungen aus den Reichseinnahmen an die Einzelstaaten infolge der neuen Handelsverträge eine Schmälerung erleiden. Muß man sich also nach ergiebigeren Steuerquellen im Reiche selbst umsehen, so ist es begreiflich, wenn das Auge der Finanzmänner auf die Biersteuer fällt, welche in der Brausteuerergemeinschaft heute noch nach dem Gesetze vom 31. Mai. 1872 erhoben wird, während im Laufe dieser zwanzig Jahre die Besteuerung des Bieres in Bayern, Württemberg und Baden bedeutend erhöht worden ist. Die Bierabgaben stellen sich im Etatsjahre 1889/90 bezw. im Kalenderjahre 1889 pro Kopf der Bevölkerung in Bayern

auf 5,99, in Württemberg auf 4,18, in Baden auf 3,30 in Elsaß-Vorbringen auf 1,32, im Brausteuergebiete dagegen nur auf 0,78 Mark. Andererseits wird der Bierverbrauch in demselben Zeitraume vom kaiserlichen Statistischen Amte pro Kopf der Bevölkerung berechnet in Bayern auf 222,1, in Württemberg auf 169,2, in Baden auf 109, in Elsaß-Lothringen auf 59,1 und im Brausteuergebiete auf 88,5 Liter. Aus dieser Gegenüberstellung von Steuerbelastung und Verbrauch ergibt sich, daß z. B. in Bayern nur etwa 2 1/2 mal so viel Bier getrunken, aber mehr als 7 1/2 mal soviel Steuer davon entrichtet wird, als in der Brausteuerergemeinschaft; mit anderen Worten: daß der Biertrinker in Bayern für das gleiche Quantum Bier mehr als dreimal so viel Steuer zahlt, als derjenige im Brausteuergebiete. Was scheint natürlicher, als daß hier der Punkt gefunden sei, an welchem der Hebel zur Erzielung erhöhter Einnahmen des Reichs im Wege der Nachahmung des bayerischen Beispiels anzusetzen sei.

Ohnedies scheint Art. 35 der Reichsverfassung auf diesen Weg hinzuweisen. In demselben wird zwar Bayern, Württemberg und Baden die Besteuerung des inländischen Branntweins und Bieres durch die Landesgesetzgebung vorbehalten, jedoch hinzugefügt: „Die Bundesstaaten werden ihr Bestreben darauf richten, eine Uebereinstimmung der Gesetzgebung über die Besteuerung auch dieser Gegenstände herbeizuführen“. Dieser Fingerzeig der Verfassung ist inzwischen in Betreff der Branntweinsteuer befolgt worden; das Gesetz vom 24. Januar 1887 hat das Reservatrecht jener drei süddeutschen Staaten in diesem Punkte beseitigt. Sollte nun eine gleiche Einheitlichkeit auf dem Gebiete der Bierbesteuerung nicht um so erstrebenswerter erscheinen, als der bestehende Zustand allerdings die wunderlichste Verschiedenartigkeit aufweist? Die Brausteuerergemeinschaft erhebt 4 Mk. von 100 kg Malz, Württemberg 10 Mk., von demselben Quantum, Bayern legt einen Aufschlag von durchschn. 6 Mk. auf den Hektoliter des zur Bierbereitung bestimmten Malzes, Baden hat eine Maischbotichsteuer von 2 Pfennig für je 1 Liter Raumgehalt, Elsaß-Lothringen eine Fabriksteuer von 1,92 Mk. für den Hektoliter starken Bieres und 0,48 Mk. für den Hektoliter Dünnbier.